



Öffentliche Anhörung im Innenausschuss

Am 3. Juli 2013 fand eine öffentliche Anhörung des Innenausschusses im Landtag Baden-Württemberg statt. Die Gewerkschaft der Polizei hatte die Möglichkeit, ihre Haltung zur Polizeistrukturereform vor den Mitgliedern des Innenausschusses darzulegen. Nachfolgend veröffentlichen wir die Stellungnahme der GdP, die der Landesvorsitzende nach einer kurzen Begrüßung vorgetragen hat.

„Die GdP hat diese vor uns liegende Umorganisation so nicht gefordert und schon gar nicht initiiert.“

Nun hat die Politik eine andere Entscheidung gefällt.

Zu dieser Entscheidung und mit der Einberufung der Expertengruppe hat die GdP folgende Positionen eingegeben:

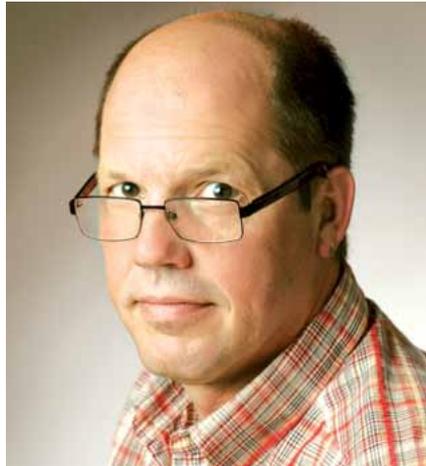
Die Gewerkschaft der Polizei ist offen für eine Polizeistrukturereform, denn sie könnte der Schlüssel sein, die Polizei nach vorne zu bringen. Aber es gibt eine Bedingung für unsere Offenheit, und diese Bedingung ist, die Zusage, dass alles was eingespart wird, ausschließlich für die Polizei verwendet wird.

Diese Position beruht auf unseren Erfahrungen der Vergangenheit; insbesondere der Erfahrungen im Zusammenhang mit der Streichung von 1000 Planstellen, der Zerschlagung des Wirtschaftskontrolldienstes und der Schließung von 212 Polizeiposten.

Unsere Grundeinstellung haben wir an sechs Forderungen gebunden und diese klar artikuliert:

- Sozialverträgliche Umsetzung
- Nur sinnvolle Veränderungen
- Optimierung der Personalressourcen
- Personelle Stärkung der Basis
- Bündelung von Kompetenz
- Bindung der „Gewinnabschöpfung“

Im Gewerkschaftsbeirat, also dem zweithöchsten Satzungsorgan der GdP, wurden die Reform und ihre Eckpunkte ausgiebig diskutiert, Anregungen und Forderungen zur Umsetzung der Polizeistrukturereform



erarbeitet und das Ergebnis dem Innenministerium zugeleitet und publiziert.

Der Gewerkschaftsbeirat sprach sich mit überwältigender Mehrheit (eine Gegenstimme, fünf Enthaltungen) für eine weiterhin konstruktiv-kritische Begleitung der Strukturreform aus.

Allerdings liegt die Betonung auf kritisch, weil wir als Gewerkschaft den Auftrag haben, für unsere Mitglieder und alle Kolleginnen und Kollegen das Beste zu erreichen. Deshalb stemmen wir uns nicht gegen die Reform, sondern wollen und werden sie im Sinne unserer Kolleginnen und Kollegen mitgestalten, denn das neue Bild der Polizei wird uns jahrzehntelang begleiten.

Unabdingbare Forderungen der Gewerkschaft der Polizei sind, unabhängig von der Entwicklung der Struktur,

- eine sozialverträgliche Umsetzung im Rahmen einer Dienstvereinbarung,
- Beteiligung der Personalvertretung über die bestehenden gesetzlichen Regelungen hinaus, ggfs. sind Gesetze zu ändern oder erforderliche gesetzliche Ausnahmeregelungen zu schaffen,
- Investition der erwirtschafteten Einsparungen in lang fällige Strukturverbesserungen bei der Polizei dieses Landes, die da sind,

- Einführung der zweigeteilten Laufbahn bei der Polizei in Baden-Württemberg,
- die Qualifizierung und Höherbewertung im Tarifbereich verbunden mit der Einführung der Polizeifachangestellten und
- bessere Aufstiegsmöglichkeiten und Bewertung für unseren Verwaltungsbereich.

Bei den drei letztgenannten Punkten wurden bestenfalls zarte kleine Schritte unternommen.

Als wichtigste Forderung steht die „Sozialverträglichkeit“, welche nicht mit dem rechtlich festgeschriebenen Begriff der „Zumutbarkeit“ verwechselt werden darf.

Mit ihr steht oder fällt die Reform. Bekanntlich wird bei einer schnellen Umsetzung die Sozialverträglichkeit eingeschränkt, wogegen bei einer „behutsamen“ Umsetzung der Sozialverträglichkeit ein höherer Stellenwert eingeräumt werden kann.

Deshalb sprechen wir uns eindeutig für eine behutsame Umsetzung aus, denn es darf keine Verlierer geben und die Kolleginnen und Kollegen müssen mitgenommen werden.

Die politische Aussage ist: Die Polizei muss in die neuen Strukturen hineinwachsen. Die GdP strebte von Anfang an eine Dienstvereinbarung zur sozialverträglichen Umsetzung der Reform mit dem IM an. Gegen viele Widerstände aus den unterschiedlichsten Richtungen haben wir dieses Ziel erreicht. Die Dienstvereinbarung ist inzwischen unterschrieben.

Wir fordern auch eine Vereinbarung zur Regelung von Tele- bzw. Heimarbeitsplätzen, die ebenfalls kurz vor der Fertigstellung ist.

Die Kolleginnen und Kollegen mitzunehmen ist aus unserer Sicht unerlässlich. Diese Chance bietet zumindest das zurzeit laufende Interessensbekundungsverfahren.

Ein Verfahren in einer derartigen Größenordnung dürfte einmalig sein – Erfahrungen sind kaum vorhanden, aber ich weiß, dass viele meiner Kol-

Fortsetzung auf Seite 2



Die Landesredaktion ist unter der E-Mail-Adresse redaktion@gdp-bw.de zu erreichen.

Bitte alle Artikel, die in der Deutschen Polizei, Landesjournal, oder in der GdPdigit@l veröffentlicht werden sollen, an diese E-Mail-Adresse senden.

In dringenden Fällen erreicht Ihr uns auch unter der Telefonnr. 0 15 25/ 3 45 43 84. Der Redaktionsschluss für die September-Ausgabe 2013 des Landesjournals Baden-Württemberg ist Freitag, der 9. August 2013, und für die Oktober-Ausgabe 2013, Freitag, der 6. September 2013.

Nicht rechtzeitig zum Redaktionsschluss eingesandte Artikel können von uns leider nicht mehr berücksichtigt werden.

Zur einfacheren Bearbeitung bitten wir um Übersendung von unformatierten Texten ohne Fotos, diese bitte separat zuzusenden.

Wolfgang Kircher und Thomas Mohr

Fortsetzung von Seite 1

leginnen und Kollegen in anderen Bundesländern sehr neidisch auf Baden-Württemberg blicken. Ob es auch funktioniert, wissen wir erst nach Abschluss des Verfahrens – doch wir sind zuversichtlich. Hier sind alle Beteiligten in der Pflicht!

Uns als GdP war eine frühzeitige Einbindung der gewählten Personalräte sehr wichtig und zwar auch der örtlichen Personalräte, denn nur die kennen i. d. R. die Personen und deren Geschichte.

Datenschutzrechtliche Bedenken (und ein paar „Betonköpfe“) schießen dies zunächst zu verhindern. Doch dann ebnete gerade der Hinweis des Landesdatenschutzbeauftragten, dass ohne Zustimmung des Betroffenen die Daten in diesem Verfahren nicht an den Personalrat gegeben werden können, den Weg zur personalrätlichen Beteiligung in Form von sachkundigen Beratern.

Im Januar 2014 werden die „Schalter umgelegt“. Dies bedeutet jedoch nicht, dass wir dann sofort in die neuen Strukturen und Dienstgebäude gehen, weil letztere noch gar nicht zur Verfügung stehen. Dies kann man bemängeln, aber wer davon ausgegangen ist, dass alle ab Januar 2014 gleich am neuen Dienort im neuen Dienstgebäude starten, der ist nicht von dieser Welt.

Als GdP drängen wir immer darauf, dass die in Aussicht gestellten Punkte und Zusagen erfüllt und tatsächlich auch mit Leben erfüllt werden.

Dies gilt insbesondere für unseren Maßstab – so dezentral wie möglich – so zentral wie nötig –.

Für eine gewisse Übergangszeit bedeutet dies unter Umständen, dass für die Organisation zwar nicht das Optimale erreicht, jedoch die Umsetzung für die Beschäftigten erträglicher wird. Fünf Jahre Übergangsfrist, wie zugesagt und mehrfach niedergeschrieben, dürften der richtige Zeitrahmen für ein Hineinwachsen sein.

Die Reform darf auch nicht dazu genutzt (missbraucht) werden, persönliche Vorstellungen und Gedanken von einer neuen Polizei umzusetzen, sondern der eigentliche Reformgedanke muss Maßstab sein. Erkennbaren Entwicklungen werden wir mit allen Mitteln entgegenwirken.

Zum Entwurf des Polizeistruktureformgesetzes haben wir eine ausführliche Stellungnahme vorgelegt und

uns intensiv mit den einzelnen Artikeln beschäftigt.

Diese möchte ich aber mit Blick auf die Zeitvorgabe nicht erneut vortragen, kann sie aber gerne zur Verfügung stellen. Ein paar wichtige Punkte möchte ich jedoch ansprechen:

Inzwischen liegt der Evaluationsbericht zur Reform der bayrischen Polizei vor. Dies bietet vor allem die Möglichkeit, aus Fehlern zu lernen. Wir fordern daher, alle dort festgestellten Kritikpunkte auf das Reformvorhaben in Baden-Württemberg zu reflektieren. Es ist zwar zulässig, auf die positiven Empfehlungen abzuheben, aber es ist auch unerlässlich, Kritik und Änderungsvorschläge aufzunehmen.

Vor allem sollte hinterfragt werden, ob wirklich alle Präsidien gleich oder von Anfang an gleich aufgestellt sein müssen.

Die Erfahrungen in Bayern zeigen, dass sich die Einrichtung eines KDD grundsätzlich bewährt hat. Wir erlauben uns dennoch darauf hinzuweisen, dass man sich bei dem ein oder anderen regionalen Polizeipräsidium zur Einrichtung eines KDDs, wie auch eines Verkehrsunfalldienstes etwas Zeit lassen sollte. Sonst besteht u. U. die Gefahr, dass der Aufbau dieser Dienstzweige zu Lasten der vorhandenen „Basisdienststellen“ geht, da der angedachte Personalansatz, unserer Meinung nach, nicht ausreichend ist.

Problematisch könnten aus unserer Sicht auch die Zuschnitte einiger zukünftiger Dienstbezirke werden. Hier sehen wir die Gefahr, dass zusätzlicher Koordinierungsbedarf entsteht, der zu einem Synergieverlust führen könnte. Beispielhaft seien hier die Dienstbezirke Konstanz, Heilbronn und Tuttlingen genannt. Bei Tuttlingen wäre zum Beispiel die Wahl eines anderen, zentral gelegeneren Präsidiumssitzes denkbar. Wir regen an, dies vor der endgültigen Festlegung der Dienstbezirke nochmals zu beleuchten.

Dies gilt auch für den Bereich der Ausbildung. Hier sind Baden-Württemberg und Bayern nicht vergleichbar. Bei uns ist die Ausbildung eine eigenständige „Säule“, in der gerade regionale Schwerpunkte beachtet werden sollten.

Zukünftig findet in Baden-Württemberg polizeiliche Aus- und Fortbildung im Süden oder im Großraum Stuttgart statt. Der nordbadische Raum spielt in diesem Konzept keine Rolle mehr, obwohl eine Vielzahl der zu-

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Baden-Württemberg

GdP-Geschäftsstelle:

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-bw.de
Internet: www.gdp-bw.de

Service GmbH BW:

Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: Info@gdp-service.com

Redaktion:

Wolfgang Kircher (V.i.S.d.R.)
Schwalbenweg 23
71139 Ehningen
privat: (0 70 34) 76 83
Mobil: (0 15 25) 3 45 43 84
E-Mail: redaktion@gdp-bw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
vom 1. Januar 2013
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381



POLIZEISTRUKTURREFORMGESETZ

künftigen Einstellungen aus den Ballungsräumen Mannheim/Heidelberg und Karlsruhe zu erwarten sind. Auch ein Ausbildungsstandort Göppingen hat ähnliche Bedeutung. Wir fordern hier mehr Flexibilität.

Den Herausforderungen des demografischen Wandels innerhalb der Polizei des Landes Baden-Württemberg kann nur durch deutlich erhöhte Einstellungszahlen begegnet werden.

Ob dies durch zwei Ausbildungsstätten (Lahr und Biberach) geleistet werden kann, erscheint fraglich. Vielmehr wäre es aus unserer Sicht sinnvoll, z. B. in Bruchsal und Göppingen kleine „Außenstellen“ zu erhalten, welche organisatorisch an Lahr und Biberach angebunden sein könnten.

Das erforderliche Lehrpersonal und die logistischen Voraussetzungen wie z. B. Unterrichtsräume wären bereits vorhanden und die administrative Aufgabenwahrnehmung könnten ohne Probleme von Lahr bzw. Biberach aus erfolgen. Die finanziellen Vorteile seien hier nur am Rande erwähnt. Zudem müssen die Ausbildungsstätten Lahr, Biberach und Böblingen im Sinne des § 9 (2) LPVG als Außenstellen betrachtet werden. Dies hätte zur Folge, dass dort die Bildung von Personalräten möglich wäre.

Es kann einfach nicht sein, dass rund 700 Beschäftigte ohne örtliche personalrätliche Betreuung sein sollen. Aus unserer Sicht ist es zwingend geboten, dass Personalräte vor Ort sind, die sich um die Belange der Kolleginnen und Kollegen kümmern.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass die Frist, bis die nächsten Personalratswahlen

durchzuführen sind, nämlich vom 1. Oktober 2014 bis 31. Dezember 2014, unserer Meinung nach zu kurz ist.

Die bisherigen Dienststellen gehen Anfang Januar 2014 in die neuen Strukturen über. Dies geschieht mit dem Inkrafttreten des Reformgesetzes und mit der Inbetriebnahme der Funkleitstellen. Alles andere wird sukzessive in die neue Struktur wachsen. Dies erfordert einen zusätzlichen Bedarf an personalrätlicher Betreuungsarbeit,

LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG
Der Vorsitzende des Innenausschusses
Walter Heiler MdL

Landtag von Baden-Württemberg - Konrad-Adenauer-Straße 3, 70173 Stuttgart

Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk Baden-Württemberg e. V. Herrn Vorsitzenden Rüdiger Seidenspinner Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen	Stuttgart, 21. Juni 2013 Durchwahl: 0711 2063-223 Telefax: 0711 2063-232 Aktenzeichen: 12.3 E-Mail: angika.mayer@landtag-bw.de
---	--

Einladung zu einer Parlamentsanhörung

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

der Innenausschuss des Landtags von Baden-Württemberg wird am

Mittwoch, 3. Juli 2013, 13:00 bis 14:30 Uhr
im Haus des Landtags, Friedrich-Ebert-Saal,
Konrad-Adenauer-Straße 3, 70173 Stuttgart

eine öffentliche Anhörung zu dem

Gesetzentwurf der Landesregierung
– Gesetz zur Umsetzung der Polizeistrukturreform
(Polizeistrukturreformgesetz – PolIRG) –
– Drucksache 15/3496 –

durchführen.

Im Auftrag des Innenausschusses lade ich Sie oder einen Vertreterin der Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk Baden-Württemberg e. V. zu dieser Anhörung sehr herzlich ein. Für den Vortrag der Referenten ist jeweils eine Redezeit von bis zu 10 Minuten mit anschließender Fragerunde von maximal 5 Minuten vorgesehen.

zudem müssen sich die Kolleginnen und Kollegen der „neuen“ Dienststellen erst kennenlernen bzw. ihren Arbeitsbereich eingerichtet haben.

Gleiches gilt auch für Personalräte. Personalratsarbeit ist ehrenamtliche Tätigkeit, die grundsätzlich neben der täglichen Arbeit verrichtet wird. Potenzielle Kandidatinnen und Kandidaten müssen erst ihren Platz in der neuen Struktur finden, bevor man sie mit

der Entscheidung konfrontieren kann, ob sie sich für eine Personalratswahl zur Verfügung stellen. Aber gerade das Kennenlernen ist wichtig für eine gedeihliche Personalratsarbeit und für das Aufstellen sinnvoller Wahllisten.

Deshalb regen wir an, den Zeitraum der nächsten Personalratswahlen auf den 1. März 2015 bis zum 31. Mai 2015 festzulegen.

Einen ganz wesentlichen Aspekt möchte ich noch ansprechen. Es sind Heim- und Telearbeitsplätze. Durch solche Arbeitsplätze können soziale Härten gemindert und verringert werden und gerade bei Teilzeitkräften würde dies zu einer deutlichen Entspannung führen. Hier wurde in der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung die Größenordnung von 200 solchen Arbeitsplätzen eingeplant – mit Sicherheit ein richtiger und zukunftsweisender Weg. Wir bitten alle Verantwortlichen, ja wir fordern sie auf, hier im Sinne der Beschäftigten großzügig zu verfahren.

Summa summarum stellt die Strukturreform nicht nur eine Chance, sondern auch eine große Herausforderung für alle Beschäftigten dar.

Wir sehen es als unsere Aufgabe an, als Gewerkschaft und vor allem als Personalräte dafür zu sorgen, dass die schlimmsten Befürchtungen nicht eintreten, Härten vermieden bzw. abgemildert werden und die Reform tatsächlich sozialverträglich umgesetzt wird.

Dies wird nicht einfach, das weiß ich. Doch wir stellen uns dieser Aufgabe für die Kolleginnen und Kollegen und nicht zuletzt für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. **RSleid**

FRAUENSEMINAR

Lebensbalance statt Burn-out

Am 20./21. 6. 2013 fand in Wertheim das Frauenseminar „Lebensbalance statt Burn-out“ unter der Leitung von Rita Henn statt. Die Referentin Karina Gütges verstand es zwei Tage lang, die Thematik und Entwicklung des Burn-out (entsteht, wenn man nicht gut für sich selber sorgt) so zu vermitteln, dass, trotz der Ernsthaftigkeit des Themas, es fast schon kurzweilig wirkte. Inhaltlich erfuhren die Teilnehmerinnen Entwicklungsstadien zum Burn-out, Möglichkeiten Burn-out zu erkennen und entsprechend



gegensteuern zu können. Aufgelockert wurden die zwei Tage immer wieder durch selbstfindende Mitmachübungen, Meditation und die Er-

kenntnis, Aufmerksamkeit folgt der Energie, daraus folgt, dass Leben offen und positiv gestalten. Alle Teilnehmerinnen waren übereinstimmend der Meinung, sehr viel von diesen zwei Tagen mitzunehmen, alle mussten sich mit sich selbst auseinandersetzen, konnten aber auch Kraft tanken, bekamen Stärken aufgezeigt, erhielten Wertschätzung und konnten trotz allem einfach nur „Sie selbst sein“. Wieder ein tolles Seminar mit dem Fazit: ICH bin das Wertvollste in meinem Leben und ICH Sorge für MICH!



45 Jahre Seniorenarbeit in der GdP Baden-Württemberg

Von H. Werner Fischer, Landesseniorenvorsitzender

Die Bilder vom Alter und vom Altern haben sich gewandelt in den letzten Jahren. Keine bisherige Generation älterer Menschen war besser qualifiziert und leistungsfähiger als die heutige. Älterwerden stellt somit keineswegs das Ende der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben dar, sondern es ist oftmals der Beginn neuer Formen des Aktivseins. Seit bereits 45 Jahren trägt die GdP Baden-Württemberg dem Umstand Rechnung, dass Rentner und Pensionäre Interessen und Anliegen haben, die sich von denen der „Aktiven“ im Beruf in vielen Bereichen unterscheiden. Allerdings war es sowohl in der Bundes- als auch in der Landes-GdP noch ein langer und mühsamer Weg zur Verbesserung der Interessenvertretung dieser Altersgruppe. Und erst vor 25 Jahren wurde eine organisatorisch eigenständige Seniorengruppe innerhalb der GdP Baden-Württemberg gegründet.

1968 wurde auf dem Landesdelegiertentag der GdP Baden-Württemberg beschlossen, im Landesvorstand das Amt eines Beisitzers für Pensionäre einzurichten; erster Amtsinhaber war Fritz Fallner, ehemaliger Fachlehrer an der Landes-Polizeischule. 1981 gab er damals 79-jährige Pensionär sein Amt ab; Nachfolger wurde Olaf Bong aus Stuttgart (heutiges Ehrenmitglied), der 2005 mit 76 Lebensjahren in der Landesseniorenkonferenz nicht mehr zur Wahl antrat.



Olaf Bong, ab 1982 „Beisitzer für Versorgungsfragen“ im GdP-Landesvorstand, von 1989 bis 2005 Vorsitzender der Seniorengruppe

Viele Jahre waren die Beisitzer für Pensionäre („für Versorgungsfragen“) im Landesvorstand „Einzelkämpfer“, da es außer ihnen keine organisierte Gruppenvertretung gab.

1986 beschloss der GdP-Bundeskongress in Mannheim, auf zunehmendem Druck der Rentner und Pensionäre unter den GdP-Mitgliedern, die Einrichtung einer Seniorengruppe auf Bundesebene mit eigenen Richtlinien und einem gewählten Vorstand. Es dauerte noch zwei Jahre, bis Olaf Bong auch den Landesvorstand der GdP Baden-Württemberg überzeugen konnte, dem Beispiel der Bundes-GdP (und zwischenzeitlich fast aller Landesverbände) zu folgen: 1988 beschloss der Landesvorstand die Gründung einer Seniorengruppe.



2. Bundesseniorenkonferenz

Dazu wurden Richtlinien erstellt; mit diesen bekam die Gruppe jetzt einen fünfköpfigen Vorstand, der vom Geschäftsführenden Landesvorstand vorgeschlagen und vom Landesvorstand gewählt wurde. Erst 2002 wurden die Richtlinien derart geändert, dass die Mitglieder der Seniorengruppe in den Seniorenkonferenzen demokratisch ihren Vorstand wählen konnten, dessen Vorsitzender die Rentner und Pensionäre im Landesvorstand vertritt. Bis zur Landesseniorenkonferenz am 27. September 2005 war dies wiederum Olaf Bong. In dieser Konferenz gab Olaf Bong den Landesvorsitz aus Altersgründen ab; er wurde später für seine Verdienste vom Landesdelegiertentag zum Ehrenmitglied der GdP Baden-Württemberg gewählt.



Dann gab es einen Generationswechsel an der Spitze: Vorsitzender wurde Günter Cramer aus der Kreisgruppe (KG) Karlsruhe -PP-, sein Stellvertreter H. Werner Fischer aus der KG Freiburg -LPD-, Schriftführer wurde Peter Schmidt von der KG Bruchsal -BePo- (alle „Jungpensionäre“); Beisitzer blieben wie bisher Erwin Müller (KG Freiburg -PD-) und Roland Zöller (KG Karlsruhe -LPD-).



In der Landesseniorenkonferenz 2005 neu gewählter Vorstand: (von links) Roland Zöller, Vorsitzender Günter Cramer, sein Vorgänger Olaf Bong, H. Werner Fischer, Erwin Müller; nicht im Bild, da Fotograf, Peter Schmidt

Der damals neue Landesseniorenvorstand (LSV) hat sich bemüht, zuvor Bewährtes beizubehalten aber auch neue Bewegung in die Seniorenarbeit zu bringen. Allerdings war ihm damals bewusst, dass viel Arbeit vor ihm liegt: „Dicke Bretter müssen noch durchbohrt werden!“ ist ein Zitat aus einem Bericht über die Seniorenkonferenz 2005. War die Seniorenarbeit bis dahin mehr geprägt vom Einsatz für die beamteten und versorgungsrechtlichen Belange der „Ruheständler“ und die „Fachvertretung“ von Interessen einzelner Betroffener auf Landesebene („Beisitzer für Versorgungsfragen“), so ist dies zwar weiterhin als Aufgabe gesehen worden, besonderes Augenmerk wird aber seither auf eine aktive Seniorenarbeit vor Ort, also bei den Kreisgruppen gelegt. Die GdP-Mitglieder, die der Seniorengruppe angehören, sollen erkennen können, dass ihre GdP auch nach dem Berufsleben noch für sie und ihre Interessen da ist. Fortgeführt wurden deshalb auch die Seminare „Vorbereitung auf den Ruhestand“, die sich zwischenzeitlich als „Renner“ entwickelt haben.



25 JAHRE SENIORENGRUPPE



Für eben diese Seniorenarbeit vor Ort hatte der GdP-Bundeskongress 2002 in Magdeburg beschlossen, dass die GdP ein „Aktivprogramm für Senioren (APS)“ ausarbeiten solle. Dieser Auftrag führte zur Erstellung einer Arbeitsmappe APS durch die Bundes-GdP. Hauptsächlicher Inhalt sind Unterlagen zur Vorsorge, Ratschläge für die Gesundheit im Alter, zur Gestaltung von Freizeit und Bildungsangebote. Die Arbeitsmappe enthält Hinweise und Tipps vielfältiger Art, damit den Kolleginnen und Kollegen Anregungen gegeben werden, wie sie die Zeit des „Ruhestandes“ möglichst aktiv gestalten können; wie sie gemeinsam mit anderen den „Dritten Lebensabschnitt“ als eine neue Herausforderung annehmen und erleben können. Durch geschulte Multiplikatoren wurde die Mappe und ihre Inhalte den Seniorenvertretern der Kreisgruppen in unserem Landesbezirk Baden-Württemberg nähergebracht. Die Arbeitsmappe soll also all jenen eine Hilfestellung sein, die sich nach wie vor ihrer Gewerkschaft eng verbunden fühlen und sich für Kolleginnen und Kollegen engagieren, die im Ruhestand sind. Für diese wurden die Mappen an die Kreisgruppen ab 2005 ausgegeben. Mit dieser Arbeitsunterlage sollen die Seniorenvertreter vor Ort die Seniorenarbeit für die Mitglieder aktivieren, den Senioren mit Rat und Tat zur Seite stehen und damit eine Serviceleistung erbringen. Nachdem diese Arbeitsmappe ein wenig in die Jahre gekommen war und der GdP-Bundeskongress 2006 in Berlin auch einen entsprechenden Beschluss zur Aktualisierung gefasst hatte, ist dann der Inhalt des APS weiterentwickelt und aktualisiert worden. Er ist in digitaler Form auf den Internetseiten der Bundes-GdP eingestellt worden und ist für alle Mitglieder der GdP zugänglich. Mit der Internet-Nutzung ist der Zugang zu diesem Programm allen Mitgliedern ermöglicht worden. Zunehmend

haben heute viele Kolleginnen und Kollegen Zugang zu diesem Medium. Dadurch sollte es gelingen, die Unterlagen und Ideen des APS viel mehr Kolleginnen und Kollegen zugänglich zu machen, als dies in der Vergangenheit geschehen konnte. Um diese EDV-Ausgabe von APS für die Arbeit in den Kreisgruppen noch attraktiver zu machen, wird derzeit das APS völlig neu überarbeitet und aktualisiert. Es ist zu wünschen, dass dieses Angebot vermehrt von allen Kolleginnen und Kollegen angenommen wird, da es eine schier unerschöpfliche Quelle verschiedenster Hilfen für viele Bereiche des Lebens ist – eben nicht nur für Senioren. In diesem Zusammenhang sieht der LSV auch eine Aufgabe darin, bei Mitgliederversammlungen in den Kreisgruppen zu erscheinen und dort für die Seniorenarbeit zu werben und aber auch den „Aktiven“ im Beruf deutlich zu machen, dass Seniorenarbeit eine Aufgabe aller GdP-Mitglieder ist, denn „was man den Alten wegnimmt, bekommen die Jungen nie mehr wieder“ und: „Die jungen Leute von heute sollten gelegentlich daran denken, dass sie die alten Herrschaften von morgen sein werden. Denn morgen ist heute schon gestern!“

Zu Beginn des Jahres 2009 legte der Landesseniorenvorsitzende Günter Cramer aus persönlichen Gründen sein Amt nieder. Der Landesseniorenvorstand (LSV) wählte gemäß den Richtlinien für die Seniorenarbeit den bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden H. Werner Fischer zum Nachfolger. Durch den freiwerdenden Platz konnte Kollege Manfred Bohn (von der Kreisgruppe Emmendingen) zur Mitarbeit gewonnen werden; er wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Noch im selben Jahr verstarb der Schriftführer des LSV, Peter Schmidt. Für ihn konnte zu nächst keine Nachfolge gefunden werden.

In der dann 2011 folgenden Landesseniorenkonferenz wählten die Delegierten einen neuen, jetzt wieder kompletten Vorstand. Neu hinzugekommen war Rita Seyfrid (Kreisgruppe Karlsruhe PP), die Roland Zöller ersetzte, der sich aus Altersgründen nicht zur Wiederwahl stellte, und das GdP-Ehrenmitglied Wolfgang Schmidt (Kreisgruppe Ostalbkreis) als neuer Schriftführer für Peter Schmidt.



Die Landesseniorenkonferenz 2011 wählt den Vorstand: (von links) Manfred Bohn (stellv. Vorsitzender), H. Werner Fischer (Vorsitzender), Wolfgang Schmidt (Schriftführer), Rita Seyfrid (Beisitzerin) und Erwin Müller (Beisitzer)



Die Delegierten der Landesseniorenkonferenz 2011 bei einer Abstimmung

Fortsetzung auf Seite 6

Anzeige

NACHRUF

Die Gewerkschaft der Polizei trauert um Peter Schmidt.

Peter Schmidt war Angehöriger der GdP-Kreisgruppe Bruchsal Bereitschaftspolizei und wurde bei der letzten Landesseniorenkonferenz 2006 zum Schriftführer des Landesseniorenvorstands gewählt, dem er bis zu seinem Tod angehörte.



Werden Sie Mitglied beim
»Deutschen Roten Kreuz«

Durch eine Teilnahme an einem »Erste Hilfe Kurs« können Sie gerade bei Autounfällen durch schnelle Hilfe vor Ort Menschenleben retten!

Spenden Sie Blut - um anderen zu helfen - damit Ihnen auch geholfen werden kann! Gerade diese Blutspenden haben schon vielen verunglückten Autofahrern geholfen.

Dieser Eindruck wurde ermöglicht durch

Labor Dr. Gärtner

Elisabethenstraße 11, 88212 Ravensburg, Tel. 0751 / 502-0



25 JAHRE SENIORENGRUPPE

Fortsetzung von Seite 5

Bei der Fortsetzung der GdP-Seniorenarbeit sah der neue Vorstand auf Landesebene einen weiteren Schwerpunkt: das Einbringen der „Seniorenprobleme“ in den GdP-Landesvorstand zur Umsetzung in die Politik und die Bemühungen für einen höheren Stellenwert der Seniorenarbeit in den verschiedensten Organisationen aber auch in der Gesellschaft schlechthin.

Auf Landes- wie auf Bundesebene sind deshalb Anträge verschiedenster Art in Bearbeitung, unter anderem: konstruktiver Einsatz bei der Festlegung von Arbeitszeiten, insbesondere der Lebensarbeitszeit; Erhaltung der Besitzstände in Rente und Pension; Initiativen in der Gesundheitspolitik einschließlich der Pflegeversicherung. Dem Landesvorstand wurde u. a. ein „Positionspapier des LSV zur Beamtenversorgung“ vorgelegt. Nicht erfolgreich waren intensive Bemühungen, die „Abschmelzung“ der Beamten-Pension von 75 auf 71,75 Prozent, die Reduzierung der Witwenpension auf 55 Prozent und der monatlichen „Sonderzahlung“ (ehemals Weihnachtsgeld) für Pensionäre auf nur noch etwa 30 Prozent des Standes von 1993 sowie die Leistungsreduzierung in der Beihilfe zu verhindern.

Leider mussten sich in der Folgezeit nach der Landessenienorenkonferenz 2011 bereits wieder zwei Mitglieder des LSV aus der Mitarbeit zurückziehen: Bereits am Ende des Wahljahres hat Rita Seyfrid ihr Amt abgeben müssen, weil es sie getroffen hat, wie viele andere auch: Sie nahm ihre pflegebedürftige Mutter zu sich und damit fehlt ihr jede Zeit für ein Ehrenamt in unserer Gewerkschaft. Und zu Beginn des Jahres 2013 der nächste „Schlag“: Von heute auf morgen kann einem die Gesundheit seine Grenzen aufzeigen – insbesondere wenn man schon im Seniorenalter ist. So musste der langjährige Beisitzer im Landessenienorenvorstand (LSV), Erwin Müller, aus eben diesem Grund seine aktive Mitarbeit in der GdP beenden.

Zu Beginn des Monats Februar 2013, wenige Tage vor seinem 75. Geburtstag, ließ die Gesundheit des Kollegen eine weitere Mitarbeit einfach nicht mehr zu. Treffende Beispiele dafür, wie sich von heute auf morgen manche Lebensgestaltung

radikal verändern kann. Wer in der Seniorenarbeit tätig ist, weiß um dieses Problem – und mancher andere wahrscheinlich auch. So besteht der LSV in der ersten Hälfte des Jubiläumjahres 2013 nur noch aus einem „Restvorstand“ von drei Personen. Es gibt allerdings „Licht am Horizont“: Nachfolger könnten vielleicht bereits im zweiten Halbjahr als „Verstärkung“ hinzukommen.

Regelmäßig nimmt der Landesvorsitzende oder sein Vertreter an den Sitzungen des Bundessenienorenvorstands teil und natürlich werden die Senioreninteressen durch gewählte Delegierte in den jeweiligen Bundessenienorenkonferenzen und in den Landesdelegiertentagen der GdP Baden-Württemberg vertreten. So war beispielsweise Olaf Bong neben seinem Amt als Landessenienorenvorsitzender auch viele Jahre Schriftführer im Geschäftsführenden Vorstand der Seniorengruppe (Bund).



Die baden-württemberger Teilnehmer an der Bundessenienorenkonferenz 2006.

In einem regelmäßigen Süd-Treffen der Landessenienorenvorstände von Saarland, Rheinland-Pfalz, Hessen, Bundeskriminalamt, Thüringen, Sachsen, Bayern und Baden-Württemberg werden hochinteressante Informationen ausgetauscht und man sieht, wie die Seniorenarbeit in anderen Bundesländern läuft (oder auch nicht läuft). Auch auf den Seniorensseiten der Internet-Auftritte von Bundes- und Landes-GdP werden stets Informationen angeboten. Eine große Nachfrage erlebt auch jährlich das Angebot einer Seniorenfahrt der Bundes-GdP (zuletzt stets organisierte Aufenthalte im sonnigen Süden). Wegen des starken Interesses und der beschränkten Anzahl von Plätzen führt der LSV seit einigen Jahren in Zusammenarbeit mit der GdP-Service GmbH BW eine eigene Seniorenreise durch.



Die Teilnehmer an der Bundessenienorenkonferenz 2010

Erwähnt werden soll an dieser Stelle noch, dass die GdP (Bund) im Mai 2012 zum 25-jährigen Bestehen der Seniorengruppe (Bund) in Berlin eine Festveranstaltung durchführte. Die Seniorengruppe aus Baden-Württemberg war mit drei Vorstandsmitgliedern vertreten:



25 Jahre Seniorengruppe (Bund): Die Seniorengruppe Baden-Württemberg war vertreten durch (von links) Wolfgang Schmidt, H. Werner Fischer, Manfred Bohn.

Der damalige GdP-Bundessvorsitzende Bernhard Witthaut stellte dabei in seiner Ansprache fest: „Die Senioren sind ein Aktivposten in unserer Gewerkschaft der Polizei!“ Trotzdem klagte der Bundessenienorenvorsitzende Anton Wiemers in dieser Veranstaltung in seiner kämpferischen Art mehr Beteiligung und Kompetenzen innerhalb der GdP zur Gestaltung der Gewerkschaftspolitik ein. Wie hieß doch in dieser Chronik das Zitat aus einem Bericht über die Landessenienorenkonferenz der GdP Baden-Württemberg: „Dicke Bretter müssen noch durchbohrt werden!“

Es ist aber auch erfreulicherweise festzustellen, dass sich langsam doch in den verschiedenen Ecken unseres Landes in der Seniorenarbeit etwas tut: Wer aufmerksam die Landesseiten von „Deutsche Polizei“ liest, stellt eine Zunahme verschiedenster Aktivitäten und Veranstaltungen fest: Vorträge mit altersgerechten Themen, gemein-



25 JAHRE SENIORENGRUPPE

same Unternehmungen wie etwa Besichtigungen, Tagesreisen und Wanderungen oder einfach nur der berühmte „Stammtisch“! Ich denke, dass wir den richtigen Weg eingeschlagen haben. Für die Älteren, auch nach Erreichen des Ruhestandsalters, bedeuten heute in besonderem Maße das Eingebundensein in eine Gemeinschaft und der Kontakt zu anderen Menschen oftmals Sinngebung und Strukturierung des Alltags. Sie wollen in diesem Lebensabschnitt aber vor allem feststellen können, dass die Gesellschaft ihre Lebensleistung honoriert und dies auch in einer gerechten finanziellen Versorgung nach dem Beruf zum Ausdruck kommt.

Dabei sind nicht wenige bereit, auch neue Aufgaben zu übernehmen. Diese Tätigkeiten vermitteln dann das Gefühl, gebraucht zu werden, Verantwortung tragen zu können und eröffnet die Gelegenheit, neue Erfahrungen zu machen, zu lernen und sich weiterzubilden.

Die Einrichtung einer eigenständigen Seniorengruppe in der Gewerkschaft der Polizei war ein wichtiger Schritt im Rahmen der demografischen Veränderungen in unserem Land – aber eben auch nur ein Schritt. Weitere müssen folgen. So beispielsweise ein engerer Schulterschluss in der Seniorenarbeit unter den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Viele Überlegungen, Wünsche, Forderungen und Probleme sind für die Pensionäre und Rentner des öffentlichen Dienstes die gleichen. Wichtig ist dabei, dass es den Kolleginnen und Kollegen vor Ort bewusst ist, dass diese Arbeit für sie alle geleistet wird.

Dass sie sowohl auf Kreisgruppenebene wie aber auch auf politischer Ebene eine Gewerkschaft haben, die nicht nur die Interessen der aktiven Kolleginnen und Kollegen im Dienst vertritt, sondern auch die der Seniorinnen und Senioren im Ruhestand. Damit wir aber in der größten Polizeigewerkschaft unseres Landes Kraft und Durchsetzungsvermögen haben, damit die Politik an uns nicht vorbeiregieren kann, brauchen wir weiterhin die Solidarität aller Kolleginnen und Kollegen und auch die wertvolle Mitarbeit an den verschiedensten Stellen. Gerade im Ruhestand ist man durch die Möglichkeit der doch meist völlig freien Zeitgestaltung geradezu prädestiniert, mitzuarbeiten, gegenseitig vor Ort füreinander da zu sein und sich

in allen möglichen Lebenssituationen einzumischen. Lasst es uns auch tun. Dafür ist die Gewerkschaft der Polizei und ihre Seniorengruppe da. Schließlich soll eine Überzeugung

Bestand haben: Gut dass es sie gibt, unsere Gewerkschaft der Polizei.

„Die größte Kulturleistung eines Volkes sind die zufriedenen Alten.“
Japanisches Sprichwort

WIR GRATULIEREN



Die Gewerkschaft der Polizei gratuliert ihrem Geschäftsführer Ralf Knospe zum 15-jährigen „Dienstjubiläum“. Am 1. 7. 1998 hängte er die Uniform an den Nagel und wechselte von der ehrenamtlichen Tätigkeit auf die hauptamtliche Seite als Geschäftsführer der Gewerkschaft der Polizei in Baden-Württemberg. Die Gewerkschaft der Polizei sagt „Herzliche Glückwünsche und vielen Dank für alles“.

PERSONALMITTEILUNGEN

Die GdP gratuliert herzlich

zur Beförderung zum/zur:

Erster Kriminalhauptkommissar
Alb-Donau/Ulm: Manfred Wogrin.

Kriminalhauptkommissar A 12
Esslingen: Jens Baierschmitt.

Polizeihauptkommissar A 12
Bepo-Göppingen: Tobias Fingerle.

Polizeihauptkommissar
Schwäbisch Hall: Oswald Nitsche.

Polizeihauptmeister/-in
Tübingen PD: Alexander Schäfer.

Polizeiobermeister/-in

Esslingen: Patrick Raffalsky, Gülsah Sanci, Sandra Seemayer. Lörrach: Tamara Müller.

Es traten in den Ruhestand:
Pforzheim: Dieter Frautz.

Zusammengestellt v. A. Burckhardt



Koffer packen, Kollegen!

JUST AWAY, das neue frische Online-Reiseportal mit bestens abgestimmten Reisepaketten, inspirierenden Urlaubsideen und hervorragendem Service ist ein Garant für grenzenloses Urlaubsvergnügen.

Sie lieben Städtereisen oder wandern gerne in den Bergen? Sie liegen am liebsten am Strand oder interessieren sich für Events und Kultur? Eine Kreuzfahrt ist für Sie genau das Richtige, oder doch lieber eine spannende Rundreise? Sind Sie ein aktiver Wintersportler oder stehen Genuss und Entspannung für Sie im Vordergrund? Auf JUST AWAY, das Sie direkt über die Webseite www.psw-reisen.de erreichen, finden Sie dazu zahlreiche ausgesuchte und handverlesene Urlaubshighlights.

Nutzen Sie Ihre Mitgliedschaft zur Gewerkschaft der Polizei, denn auch bei Ihren Buchungen bei JUST AWAY bekommen Sie und Ihre Angehörigen in gewohnter Weise, eine Rückerstattung Ihres Reisebetrages in Höhe von 5 Prozent gemäß den Bestimmungen von PSW-Reisen GbR. Sie können uns auch anrufen und das Team von PSW-Reisen GbR hilft Ihnen gerne weiter. Einfach einmal die Homepage aufrufen, JUST AWAY anklicken und sich von den Angeboten inspirieren lassen. Informationen und Details zu JUST AWAY finden Sie unter www.psw-reisen.de

Ihr Wolfgang Schmidt
Geschäftsführer
PSW-Reisen GbR



Los!



www.psw-reisen.de

Bei uns können Sie sich noch große Sprünge leisten!

PSW-Reisen
DIE WELT EROBERN

Thomas Cook

PSW-Reisen GbR,

70736 Fellbach
Eberhardstr. 30
Tel.: 0711/5788186
Fax: 0711/579912
eMail: fellbach@tc-rb.de

71735 Eberdingen
Maybachstr. 2
07042/879225
07042/879222
info@psw-gbr.de

55129 Mainz
Nikolaus-Kopernikus Str. 15
06131/9600923
06131/9600922
psw.reisen-rp@gdp-online.de

Thomas Cook Reisebüro

66133 Saarbrücken
Kaiserstr. 258
0681/84124-0
0681/84124-24
psw-saarland@gdp-online.de

